

Luzerner Tagblatt



Briten auf Uebersee-Expedition

Um die Unbotmäßigkeit der karibischen Mininself Anguilla zu brechen, landeten am Mittwoch, auf Order Londons, britische Fallschirmjäger, «Rote Teufel» genannt, auf dem Eiland. Es handelt sich um eine friedliche Landung mit dem Ziel; den britischen Kommissar wieder in sein Amt einzusetzen. Unser Bild zeigt eine Gruppe britischer Soldaten beim Start zu ihrer Expedition. Sie scheinen ihrem Unternehmen mit heiterer Zuversicht entgegenzugehen. Keystone

- Napoleons 200. Geburtstag 2
- Nationalrat: Halbbatziges Posttaxen-Referendum 3
- Flugzeugabsturz bei Lachen: 2 Tote LM

Schwarzer Kapitalismus — Erfolg oder Fehlschlag?

Vor sechs Jahren erregte ein junger amerikanischer Neger die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, und sein Name und sein Bild erschienen in allen Zeitungen: James Meredith, der Student der Rechtswissenschaften, der ganz allein Zulassung zur damals noch «blütenweißen» Staatsuniversität von Mississippi zu erkämpfen suchte und schließlich, nach langer Belagerung des Fakultätsgebäudes und zahllosen Gängen zu den Gerichten, sein Ziel auch erzwang. Heute lebt dieser Dr. Meredith, nun 35 Jahre alt, in New York als Millionär. Er ist amtlich zugelassener Börsenmakler, Grundstücksmakler, Großaktionär in einer Elektronenfabrik und Eigentümer von zwei Farmen in seiner südstaatlichen Heimat Mississippi, die er durch schwarze Verwalter bearbeiten lässt. Politik und Negerreform-Arbeit hat er an den Nagel gehängt, wenn auch sein Name noch gelegentlich als Versammlungssprecher oder Mitglied eines schwarzen Kampfkomitees auftaucht. Er ist einer der großen Erfolge in einer Bewegung, die man seit einigen Jahren «schwarzen Kapitalismus» nennt und deren Erfolge oder Fehlschläge heute leidenschaftlich diskutiert werden.

sen sich auch Banken zu dieser Praxis, aber dies doch nur selten. Der Erfolgskronik von James Meredith folgten nicht sehr viele ähnliche Fälle.

Im Gegenteil: es gibt, jetzt offen zugestanden, sehr viele Beispiele anderer Art: «schwarze» Betriebe, vor einem oder zwei Jahren mit den erwähnten Krediten eröffnet, die heute entweder vor dem Bankrott stehen oder einfach ihre Tore geschlossen haben. Das letzte Beispiel, das dieser Tage zur allgemeinen Diskussion über die Erfolgsbilanz des «schwarzen Kapitalismus» Anlaß gegeben hat, betraf ein von Negergeistlichen in Baltimore ins Leben gerufenes großes «Shopping Centers», in dem außer einem Supermarkt und einer Bankfiliale ausschließlich Geschäfte und Werkstätten waren, die Negern gehörten und von Negern betrieben, verwaltet und bedient wurden. Zuerst funktionierte das sehr schön und widerlegte die oft gehörte Theorie, daß Neger keine finanzielle Verantwortung hätten; aber bald kamen die Schwierigkeiten, denen das ganze Projekt schließlich erlag.

Zuerst kam die Enttäuschung, daß die großen Gewerkschaftsverbände, auf deren Sympathie und Hilfe die «schwarzen Kapitalisten» gerechnet hatten, gleichgültig blieben: sie sagten, ihre Aufgabe sei es, die Lebenshaltung der Arbeitnehmers zu heben, nicht aber, neue kleine Kapitalisten schaffen zu helfen. Eine ähnliche Enttäuschung kam aus dem Lager der militanten schwarzen «Linken»: wir sind gegen jeden Kapitalismus, sagten die jungen schwarzen Intellektuellen.

Dann trat die schwarze «Unterwelt» in Erscheinung, entwürzelte junge Taschendiebe, Ladendiebe und sonstige Kriminelle, die sich dachten, dort könnten sie sich risikolose Einkünfte verschaffen, weil die «schwarzen Brüder» sie nicht der weißen Polizei ausliefern würden. Das Ergebnis war aber — und das gab dem Unternehmen den Gnadensstoß —, daß nach einer Welle von Vandalenakten und Einbrüchen gegen das Shopping Center die Versicherungsgesellschaft ihre Einbruchs- und Diebstahl-Police kündigte. Diesem Schlag konnten die neuen, noch finanzschwachen schwarzen Ladenbesitzer nicht standhalten, und das Shopping Center wurde geschlossen; eine bittere Niederlage.

Wenn auch damit, im Augenblick wenigstens, das Ende des Experimentes vom «schwarzen Kapitalismus» gekommen zu sein scheint, so gibt es doch auch Lichtblicke. Aber sie sind anderer Natur: sie betreffen vorwiegend Bemühungen, den Bodensatz aus den Ne-

gerghettos, also langfristig Arbeitslose, Ungelernte, Leute ohne abgeschlossene Ausbildung, zu Normalbedingungen in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Politisch und sozial wird das als wichtigste Gegenwartsaufgabe der amerikanischen Innenpolitik angesehen, und die Erfolge auf diesem Wege müssen anerkannt werden.

Nach den Rassenunruhen von Detroit und Newark im Sommer 1967 hatte Präsident Johnson die Industrie aufgefordert, in freiwilliger Bürgeraktion dem sozial gefährdeten «Bodensatz» aus den Negerghettos Arbeitsplätze (nebst Berufstraining) zu öffnen. Eine «National Alliance of Businessmen», die sich darauf formierte, hat in der Tat 125 000 dieser Leute in Lohn und Brot gebracht, mit Gewerkschaftsmitgliedschaft und Normalbedingungen — und nur sehr wenig arbeitsunwilligen «Nieten». Der größte Erfolg war Detroit beschieden, wo die drei Giganten der Automobilindustrie, General Motors, Ford und Chrysler, zusammen 40 000 Menschen einstellten und anlernten. Arbeitgeber wie Gewerkschaften äußern sich über den Verlauf dieses Versuches sehr befriedigt, und lediglich die Besorgnis, daß man bei einem Nachlassen der Marktlage im Automobilsektor etliche dieser Leute wieder entlassen muß, trübt das heutige Bild: Massenentlassungen unter diesen Leuten könnten deren Vertrauen in die amerikanische Gesellschaft erschüttern und eine neue Ghettokrise heraufbeschwören.

Ein anderer, ähnlicher Fall besteht in Philadelphia, wo schwarze Geistliche zu einer großen Initiative aufgerufen haben. Schwarze protestantische Geistliche haben sich in den letzten Jahren ja sehr oft als Pioniere von Negerinteressen erwiesen. In Philadelphia gelang es mit Hilfe einiger weißer Industrieller, mit Bankkrediten und freiwilligen Spenden aus privaten Negerkreisen, insgesamt 20 000 arbeitslose Neger in den Wirtschaftsprozess einzugliedern, in einem Fall sogar mit einer kleinen neu gegründeten genossenschaftlichen Textilfabrik, die sich bisher bewährt hat. Ziffernmäßig sind das gewiß nur Tropfen auf einen heißen Stein, aber psychologisch kommt diesen Pionierversuchen gewaltige Bedeutung zu. Wenn es nicht zu einer Wirtschaftskrise kommt, dürften diese Beispiele Schule machen. Jedenfalls weist eine heutige Zwischenbilanz auf diese Fälle hin und sieht in ihnen eine positive Alternative zum «schwarzen Kapitalismus», dessen Irrungen und Wirrungen heute allgemein zugestanden werden.

Hans Steinitz (New York)

«Rote Teufel» auf Anguilla gelandet

Kein Widerstand auf der kleinen Antilleninsel gegen die britischen Truppen

St. John, Antigua, 19. März. (UPI) Britische Soldaten sind am Mittwoch auf der gegen die Krone rebellierenden Karibischen Insel Anguilla gelandet, ohne auf Widerstand zu stoßen. In Antigua sagte der britische Repräsentant Stewart Roberts, es handle sich um eine «friedliche Landung» mit dem Ziel, den britischen Kommissar auf Anguilla wieder in sein Amt einzusetzen.

Auf Anguilla, wo rund 5800 Menschen leben und wo die amerikanische «Mafia» angeblich Spielhöhlen einrichten will, gingen rund 210 «Rote Teufel» genannte britische Fallschirmjäger und Marinesoldaten an Land, die auf zwei Fregatten von Antigua herkamen. In London erklärten Regierungsbeamte, die Soldaten seien nicht auf Widerstand gestoßen.

nicht wolle. Die britische Regierung habe Anthony Lee zum Kommissar ernannt, der als Freund komme und sich um Frieden, Stabilität und Fortschritt bemühe.

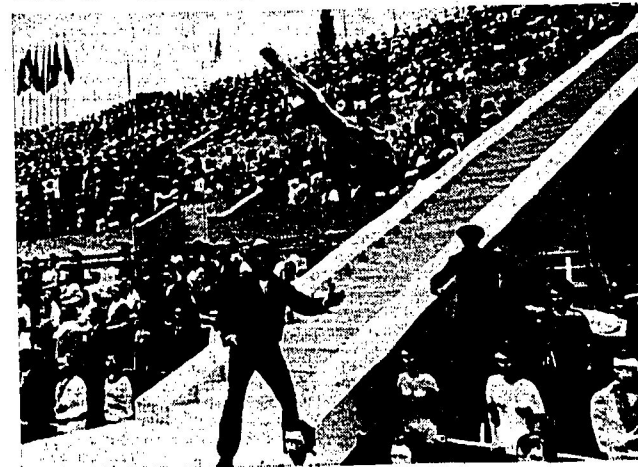
«Präsident» Webster zu Verhandlungen bereit

The Valley (Anguilla), 19. März. ag. (R) Roland Webster, selbsternannter anguillanischer «Präsident» von eigenen Gnaden, hatte zuvor erklärt, daß «sein Volk» sich nicht selbst zu «Märtyrern» machen und den britischen Truppen keinen hoffnungslosen Widerstand entgegensetzen werde. Webster teilte mit, daß die Insel über Streitkräfte in der Stärke von 250 Mann verfüge. Diese 250 Mann seien über vier Punkte der Insel verteilt. Sie stünden unter dem Befehl seines Veters, «Verteidigungsministers» John Webster. Sie hätten Befehl, nicht zu schießen, falls eine große Streitmacht landen sollte. Mit 200 Mann würden die «anguillanischen Streitkräfte» spielend fertig, dagegen könnten sie natürlich einer Beschießung von der See her nicht Widerstand leisten.

Der selbsternannte «Präsident» Ronald Webster hatte Anguilla, das teilweise Selbstverwaltung genöß, 1968 zur «Republik» ausgerufen. Die Geduld Londons war zu Ende, als ein höherer Beamter des Foreign Office Anfang März mit Gewalt von der Insel vertrieben wurde.

Die britischen Soldaten verteilten nach ihrer Landung Flugblätter an die Bevölkerung Anguillas, in denen erklärt wird, der Sinn der Besetzung sei, der Einschüchterung der Bevölkerung ein Ende zu setzen, so daß das Volk in Frieden leben und seine Ansichten ohne Furcht zum Ausdruck bringen könne. Die Bevölkerung solle nicht zu einer Regierung gezwungen werden, die sie

Würde Großbritannien der Insel Anguilla einen Status zubilligen, bei welchem die Insel ihre innern Angelegenheiten selbst regeln könnte, Verteidigung und Außenpolitik aber Großbritannien überlassen blieben, so würde er, Webster, einer solchen Regelung zustimmen. Sie müßte allerdings durch ein Referendum bestätigt werden. «Ich bin jetzt bereit, zu verhandeln.»



Morumentales Puppentheater

50 000 Statisten sind ein immenser Aufwand für eine Filmproduktion. Das El des Kolumbus scheint nun aber der Produzent des in Rom gedrehten Streifens «The Games» gefunden zu haben: für die Massenveranstaltung, wie sie der Schlußtag Olympischer Sommerspiele nun einmal darstellt, werden nicht Statisten zu 40 Franken Taggeld engagiert, sondern einfach Plastikpuppen zu vier Franken Herstellungskosten auf die Tribünen des Olympiastadions gestellt — oder besser geworfen, wie unser Bild zeigt. Keystone

Moskaus Europa- und Chinapolitik

Dubcek als Anwalt der Ostblockbeschlüsse von Budapest

Prag, 19. März. ag. (AFP) Das tschechoslowakische Parteiorgan «Rude Pravo» veröffentlichte am Mittwoch ein Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Alexander Dubcek über die Tagung des Warschaupaktes in Budapest. Dubcek versicherte, die sozialistischen Länder dürften eine gewisse Zunahme der imperialistischen Kräfte — namentlich in Europa — nicht mit Schweigen übergehen.

Dubcek, der die Warschaupakt-Tagung geleitet hatte, fuhr fort: «Gewisse beunruhigende Erscheinungen innerhalb

der Nato verpflichten uns, rechtzeitig angemessene Maßnahmen zu ergreifen, und das im Interesse sowohl der sozialistischen Länder als auch der friedliebenden Leute in Europa und der übrigen Welt.» Als «beunruhigende Erscheinungen» zählte Dubcek auf: «Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Nato-Mitgliedstaaten, die Versuche, ein Gefühl des Kalten Krieges zu schaffen und die ungenügenden Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland zur Ausschaltung der neu-nationalsozialistischen Kräfte und Rachsüchtigen.» — Die Be-

schlüsse in Budapest seien von allen Tagungsteilnehmern einstimmig gutgeheißen worden. In bezug auf die Fragen des Friedens und des Fortschritts sowie über die Notwendigkeit, den Sozialismus gegen einen imperialistischen Angriff zu verteidigen, seien alle Paktmitglieder völlig gleicher Meinung.

USA betonen Interesse an europäischer Sicherheit

Washington, 18. März. (UPI) Die Vereinigten Staaten betrachten Fragen